

[04/22]

Informationen der
Vereinten
Dienstleistungsgewerkschaft

Positionspapier

Der öffentliche Dienst unter Dauerbelastung. Kitas am Limit!

Die Beschäftigten in Ausländer-, Bürger- und Sozialämtern, in Kitas und Sozialeinrichtungen und vielen anderen öffentlichen Stellen wollen die aus der Ukraine Ankommenden unterstützen und willkommen heißen. Doch oft genug stoßen sie an Grenzen, müssen hilfsbedürftige und erschöpfte Menschen bitten, an einem anderen Tag wiederzukommen, weil in vielen Bereichen schon sehr lange nicht mehr ausreichend Personal vorhanden ist, um die Aufgaben der Daseinsvorsorge in vollem Umfang zu gewährleisten. Den Beschäftigten geht das nah, weil sie ihrem Anliegen als Menschen, Schutzbedürftigen zu helfen, sie nicht gerecht werden können.

Die gesellschaftliche Krise trifft auf eine extrem angespannte Lage im öffentlichen Dienst.

Einsparungen und unbesetzte Stellen sind an der Tagesordnung. Mit ihrer Gewerkschaft ver.di haben die Beschäftigten die Missstände im öffentlichen Dienst schon in der Vergangenheit immer wieder angeprangert.

Bundes- und Landespolitik haben Städte und Gemeinden runtergespart, aber auch die öffentlichen Arbeitgeber tragen für die aktuellen Zustände die Verantwortung.

Das Ideal eines schlanken Staates, der angeblich effizienter arbeitet als gut ausgestattete öffentliche Verwaltungen, ist ein Irrglaube, den die Bewohnerinnen und Bewohner der Städte und Gemeinden immer dann zu spüren, wenn die Nachfrage öffentlicher Dienste unerwartet steigt und die Krise der Versorgungssicherung für alle sichtbar wird.

Genau in solchen Krisen wird sichtbar wie wichtig ein funktionierender Staat ist.

Schon in der letzten Flüchtlingsbewegung von 2015 ist der öffentliche Dienst über sich hinausgewachsen. Anstatt die Lehren aus dieser Zeit zu ziehen und den öffentlichen Dienst zu stärken, scheint sich die damalige Situation nun zu wiederholen.

Bereits jetzt hängt in den Ankunftsstädten die Betreuung Geflüchteter zu großen Teilen von Ehrenamtlichen und dem individuellen Engagement Beschäftigter ab. Es ist zwar bemerkenswert, dass so viele Ehrenamtliche helfen, dass so viele Menschen eine Verantwortung spüren zu helfen. Das passiert allerdings auch, weil versäumt wurde, Personalkapazitäten aufzubauen und ausreichend Unterbringungsmöglichkeiten vorzuhalten.

Der Staat muss nun Verantwortung übernehmen und seine Bewohnerinnen und Bewohner unterstützen. Dafür sorgen dass die Ehrenamtlichen nicht an ihre Grenzen stoßen.

Den Menschen aus der Ukraine gilt unser Respekt und unsere Solidarität. Für sie und andere Schutzbedürftige setzen wir uns ein.

ver.di fordert daher:

Die Kommunen müssen dauerhaft in die Lage versetzt werden, Ankommende zu versorgen und eine Willkommenskultur praktisch werden zu lassen. Sie dürfen die Beschäftigten der Städte und Gemeinden damit nicht allein lassen und allein auf deren Improvisationstalente setzen.

Öffentliche und private Dienstleistungen, Sozialversicherung und Verkehr



Die Kommunen benötigen finanzielle Soforthilfen, um die Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten gewährleisten zu können.

Die Finanzierung der Kommunen muss auch zukünftig auf solide Füße gestellt und darf nicht mehr allein von der Gewerbesteuer abhängig sein.

Städte und Gemeinden müssen in die Lage versetzt werden, Ressourcen und Personalkapazitäten im erforderlichen Umfang auszubauen.

Die öffentliche Infrastruktur muss so ausgebaut werden, dass sie zukünftig auf nationale und globale Krisen reagieren kann.

Auch Beschäftigte in Kitas sind schon lange am Limit angekommen.

Platzmangel, zu große Gruppen, Fluktuation, Fachkräftemangel und die hohe Erkrankungsrate der Beschäftigten lassen es nicht mehr zu, den Kindern gerecht zu werden. Gerade Kinder und Eltern mit Kriegserfahrungen brauchen besondere Zuwendung.

Gleiches gilt für die Jugendämter. Überlastete Sozialarbeiter*innen konnten schon während der Pandemie nicht mehr alle Familien besuchen und mussten Entscheidungen treffen ohne die Familie und die Kinder gesehen zu haben. Nun treffen Großeltern mit Enkelkindern, Müttern mit Kindern und unbegleitete Kinder und Jugendliche auf der Suche nach Schutz ein. Es ist Aufgabe des Jugendamtes genau für diesen Schutz zu sorgen.

Doch auch hier stoßen die Beschäftigten mit ihren personellen Ressourcen an ihre Grenzen.

Der Bund muss sicherstellen, dass die Geflüchteten in ganz Deutschland untergebracht werden. Die Länder müssen Regelungen umsetzen, die eine Verteilung schutzsuchender Menschen auf die Städte und Gemeinden gewährleisten. Es dürfen nicht einige große Städte überlastet werden, während anderswo noch Kapazitäten frei sind oder geschaffen werden können.

Erforderlich ist das deutliche Signal, dass die Fluchtbewegung, die durch diesen Krieg ausgelöst wurde, nur mit einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung bewältigt werden kann.

Bund und Ländern müssen klare Zusicherungen geben, dass sie die Städte und Gemeinden mit personellen Ressourcen, bei der Finanzierung der Unterbringung und der Versorgung der Menschen unterstützen.

Kinder, Jugendliche und Familien

Kurzfristig ist es notwendig Strukturen aufzubauen, die gewährleisten, dass die Familien erst einmal gut angekommen können und miteinander die Erfahrung machen, in Sicherheit zu sein. Das heißt kleine Kinder sollten nicht von ihren Bezugspersonen, seien es die Mütter oder auch die Großeltern getrennt werden. Die Einrichtung von Elterntreffs mit Spielstuben sollten erste Anlaufstellen bieten. Hier muss eine professionelle sozialpädagogische Koordination erfolgen und auch Psycholog*innen zur psychosozialen Betreuung und der Aufarbeitung von Traumata bereitstehen.

Für die Integration der Kinder in die Kindertageseinrichtungen und in den schulischen Ganztags sind vorübergehend Zusatzkräfte (die nicht auf den Personalschlüssel angerechnet werden) einzustellen, am besten ukrainische Muttersprachler*innen mit einem professionellen pädagogischen Hintergrund, die sich insbesondere den Kindern mit Fluchthintergrund annehmen können und die Fachkräfte der Kitas entlasten können.

Dem Personal der Kitas sind Dolmetscher*innen und Kulturmittler*innen zur Seite zu stellen, die sie im Kontakt mit den Familien unterstützen.

Perspektivisch sollten den Zusatzkräften die Möglichkeit geboten werden, die deutsche Sprache zu erlernen, ihre professionellen sozialpädagogischen Kompetenzen anerkennen zu lassen, einen Abschluss als Erzieher*in zu erwerben oder den Abschluss aus dem Heimatland anerkennen zu lassen.

Auch die Kapazitäten in den Jugendämtern und auch in den Hilfen zur Erziehung sind auszubauen. Den Sozialarbeiter*innen sind zur Unterstützung ebenfalls Dolmetscher*innen und Kulturmittler*innen zur Seite zu stellen. Außerdem sollten Lotsen innerhalb der Kommunen den Kontakt zu kirchlichen Angeboten, Sport- und Kulturvereinen und der freien Wohlfahrtspflege herstellen.

Den unbegleiteten Kindern und Jugendlichen sind digitale Möglichkeiten anzubieten, um den Kontakt mit den Ursprungsfamilien und Angehörigen zu halten.